

## **Pressemitteilung 29.10.2021**

### **Appell an die Koalitionsverhandler**

#### **Pflegereform light – wir das Pflegebündnis ziehen Resümee**

Um die Pflege ist es still geworden. Es wirkt fast so als hätte die Politik die Pflege mal wieder für ihren Wahlkampf und zum Stimmenfang genutzt. Erst vor einem Jahr wurde viel geklatscht und kleine Dankeschönpräsente wurden verschenkt, dieses Jahr wurde von der großen Pflegereform gesprochen und was bleibt ist eine „Pflegereform light“ verpackt als Gesundheitsversorgungsweiterentwicklungsgesetz (GVWG), welches oberflächlich betrachtet Hoffnung auf Besserung verspricht.

Wenn man aber genauer hinschaut und anfängt die Umsetzungsideen innerhalb der Länder zu vergleichen und zu rechnen dann wird schnell deutlich, dass unter anderem Baden-Württemberg ein Pflegereformverlierer sein wird.

Im Hinblick auf die demografische Entwicklung müssen die personellen, aber auch finanziellen Rahmenbedingungen so gestaltet werden, dass es in Zukunft ausreichend qualifiziertes Personal gibt und die Einrichtungen angemessen finanziert sind.

- **Begrenzung des Eigenanteils in der vollstationären Pflege**

#### **Wir fordern für die vollstationären Pflegeeinrichtungen eine angemessene Finanzierung**

Der gestaffelte zusätzliche Leistungsbeitrag nach der Dauer des Heimaufenthaltes reicht als Entlastung bezüglich der hohen Kosten nicht aus. Die Verweildauer in den stationären Pflegeeinrichtungen sinkt und beträgt laut aktuellen Studien durchschnittlich nur noch 24 Monate. Diese Tatsache bedeutet konkret, dass die Mehrheit der Betroffenen lediglich Anspruch auf einen Zuschlag von 25% zurückgreifen kann. Wir benötigen eine nachhaltige und praxistaugliche Entlastung der pflegebedürftigen Menschen durch die Deckelung der Eigenanteile und fordern weiterhin einen Sockel-Spitze-Tausch und die Auflösung der Sektoren.

- **Verpflichtung zur Zahlung von Gehältern auf Tarifniveau und faire Löhne**

Grundsätzlich ist es gut, was immer das konkret bedeutet, wenn alle Pflegeeinrichtungen nach einem Tarifvertrag oder mindestens in Höhe eines Tarifvertrags bezahlen. Aber um den Beruf langfristig attraktiv zu gestalten, benötigen wir nicht nur Löhne nach einem Tarifvertrag. Darum fordern wir eine bessere Bezahlung mit einer deutlichen Anhebung des Grundgehältes! Zudem müssen die Personalkosten zu 100% über die Pflege- und Vergütungssätze refinanziert werden.

- **Strukturwandel, mehr Pflegekräfte durch wissenschaftlich fundierte Personalbemessungssysteme**

Die neuen angestrebten bundesdurchschnittlichen Stellenschlüssel entsprechen nicht den wissenschaftlich fundierten notwendigen Personalbemessungswerten. Die zukünftigen Personalanhaltswerte, übernehmen die jetzigen zusätzlichen Fachkraft- und Hilfskraftstellen nach §8 u. §84 SGB XI und integrieren sie in die Personalschlüssel, die wir mit den Kostenträgern verhandeln. Vergleichen wir die zukünftigen maximalen Personalanhaltswerte mit den aktuellen Personalschlüsseln hat das für BW zur Folge, dass wir Personal abbauen müssen. Zusätzlich bedeutet dieses Vorgehen, dass die jetzigen zusätzlich finanzierten Stellen wieder in den Pflegesatz mit eingerechnet werden und somit wieder vom Bewohner zu finanzieren sind. Wir fordern die Personalanhaltswerte für alle Ländern bezüglich der Obergrenze deutlich dem Bedarf entsprechend zu erhöhen.

- **Entbürokratisierung**

Die Mitarbeitenden in der Pflege verbringen zu viel Zeit mit der Dokumentation (Pflegedokumentation, Vor- und Nachbereitung von Prüfungen im Hinblick auf Personalbesetzung, Hygienemaßnahmen, Qualitätssicherung usw.). Diese Zeit fehlt bei der direkten Pflege am Menschen. Wir fordern den schnellen Abbau von wirklicher Bürokratie mit dem Ziel Personal zu entlasten.

- **Digitalisierung**

Wir sehen in der Digitalisierung große Chancen. Erste Schritte sind auch durch die Not in der Corona Pandemie, schnell umgesetzt worden. Wir fordern daher weiterhin eine entsprechende Finanzierung und Förderung von Investition und Betriebskosten im Gesundheitswesen der Digitalisierung. Allein die Verpflichtung zur Telematikinfrastruktur ab 2024 wird die Digitalisierung in unserem Bereich nicht voranbringen, auch hier sind zu viele Akteure (Ärzte, Apotheken, Kliniken, etc.) beteiligt und zu wenige Anreize vorhanden, um bereits heute nachhaltige Prozesse zu gestalten und zu etablieren.

Die Pflege droht, obwohl in den letzten Jahren viel unternommen wurde zu kollabieren. Wir benötigen eine Koalition, die unsere gesetzlichen Grundlagen auf den Prüfstand stellt und endlich damit aufhört den Flickenteppich weiter zu stopfen.

Vor allem brauchen wir jetzt eine gesamtgesellschaftliche Diskussion zu der Frage: "Was ist uns die Pflege von alten und hilfebedürftigen Menschen wert und was sind uns die Menschen wert, die diese Aufgabe für uns übernehmen?"

Für das Pflegebündnis Mittelbaden e.V.

Silke Boschert & Peter Koch